

Aus dem Inhalt

In Baden-Württemberg leben gut zwei Millionen Ausländer	2
Trauerexperte: Wirkung von Friedhöfen wird unterschätzt	2
Zwischen Angst und Anklage	3
Beratung für Menschen in Notlagen wird immer komplexer	5
Mit Dichtkunst für Demokratie eintreten	6
„Lyrik ist eine demokratische Kunst“	7
Münsterbauverein hilft seit 100 Jahren beim Erhalt des Ulmer Münsters	8
Freiburg: Angebot für kostenlose Verhütungsmittel nur wenig genutzt	9
Ein Storchenpaar auf dem Schlossdach	10
Impressum	10

Landtagspräsidentin: 8. Mai mahnt zur Verteidigung der Demokratie

Stuttgart (epd). Zum 80. Jahrestag der Befreiung von Nationalsozialismus und Krieg ruft Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) dazu auf, die Demokratie entschlossen gegen ihre Feinde zu verteidigen. Deutschland sei „eines der friedlichsten, freiheitlichsten, demokratischsten und wohlhabendsten Länder der Welt“, sagte die Landtagspräsidentin laut einer Mitteilung vom Mittwoch. Zu verdanken sei dies den europäischen Nachbarn, die die Hand zur Versöhnung gereicht hätten, und den USA, denen die Demokratisierung Deutschlands ein großes Anliegen gewesen sei.

Erst durch die Befassung mit der NS-Diktatur sei zu verstehen, warum im Grundgesetz „die Wahrung der Menschenwürde, das Grundrecht auf Asyl oder auch das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen so prominent platziert sind“, sagte Aras. (1045/07.05.2025)

In Baden-Württemberg leben gut zwei Millionen Ausländer

Stuttgart (epd). Von 11,25 Millionen Einwohnern in Baden-Württemberg waren Ende November 2024 laut Bevölkerungsfortschreibung 2,05 Millionen ausländische Staatsangehörige. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung lag damit bei 18,2 Prozent, teilte das Statistische Landesamt am Mittwoch in Stuttgart mit.

Türkische Staatsangehörige bilden im Südwesten weiterhin die größte ausländische Bevölkerungsgruppe (268.730). Mit deutlichem Abstand folgen Staatsangehörige aus Rumänien (181.430). Die Zahl der Ukrainer ist innerhalb eines Jahres nochmals um 10.750 auf 177.675 gestiegen, sie belegen den dritten Platz.

Laut Statistischem Landesamt gibt es ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle. Am höchsten ist der Ausländeranteil im Stadtkreis Pforzheim mit 31,3 Prozent, gefolgt von den Stadtkreisen Heilbronn und Mannheim mit 30,6 und 27,8 Prozent. Dagegen liegt dieser Anteil in den ländlich geprägten Kreisen Neckar-Odenwald-Kreis und Main-Tauber-Kreis bei jeweils nur 12,5 Prozent. (1041/07.05.2025)

Trauerexperte: Wirkung von Friedhöfen wird unterschätzt

Süßen/Kassel (epd). Nach Auffassung von Günter Czasny, Sprecher der Initiative „Raum für Trauer“, wird die positive Wirkung von Friedhöfen auf das gesellschaftliche Miteinander oft unterschätzt. Beisetzungsorte und Friedhöfe unterstützen die Trauernden dabei, Halt zu erfahren sowie zu neuer Zuversicht und neuem Miteinander in der Gemeinschaft zu finden, sagte Czasny am Mittwoch in Süßen (Kreis Göppingen). Friedhöfe als soziale Orte seien damit ein wichtiger Teil der sozialen Infrastruktur. Hintergrund von Czasnys Äußerungen sind Diskussionen zur Aufhebung der Friedhofspflicht in einigen Flächenländern. In Rheinland-Pfalz soll laut Mitteilung der Friedhofszwang für die Asche von Verstorbenen entfallen. Das sei bislang nur in Bremen mit Einschränkungen der Fall.

Mit dem aktuellen Entwurf eines neuen Bestattungsgesetzes drohe eine Privatisierung des Umgangs mit Verstorbenen, kritisiert die Initiative. Dies schließe Trauernde aus und hindere sie an trauerpsychologisch wichtigen Abschiedsritualen. Bei manchen neuen Grabformen, so der Kunsthistoriker Dirk Pörschmann, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal und Direktor des Kasseler Museums für Sepulkalkultur, seien „wichtige persönliche Trauerrituale am Beisetzungsort unmöglich oder verboten“. Dies gelte für Seebestattungen, anonyme Bestattungen, Rasenplattengräber und manche Formen von Gemeinschaftsgräbern. „Dabei braucht der Mensch in

Krisen Rituale“, sagte Pörschmann. „Für Trauernde kann dabei die Nähe zu den Verstorbenen, der konkrete Beisetzungsort besonders wichtig sein.“ Diese Erkenntnis setze sich im Friedhofswesen immer stärker durch.

Wenn es Hinterbliebenen erlaubt ist, die Asche von Verstorbenen bei sich zu Hause einzuschließen oder in der Natur zu verstreuen, droht laut Pörschmann die Privatisierung sterblicher Überreste, die andere Trauernde ausschließe. Ihnen werde damit, etwa bei Familienstreitigkeiten, die Möglichkeit entzogen, an einem frei zugänglichen, markierten Beisetzungsort ihre individuelle Trauer zu verarbeiten. (1042/07.05.2025)

Zwischen Angst und Anklage

Studenten der Universität Tübingen streiten über Antisemitismus

Von Valentin Schmid (epd)

Anderthalb Jahre nach dem Terror des 7. Oktobers 2023 fühlen sich Juden an der Universität Tübingen noch immer unsicher und Palästinenser mundtot gemacht.

Tübingen (epd). Als am Dienstagabend die Podiumsdiskussion über „Die Situation jüdischer Studierender an deutschen Universitäten“ endet, verlassen viele Zuhörer den Hörsaal durch einen Notausgang. Es gibt zwar keinen Notfall - zehn Polizisten sichern das Foyer des Tübinger Theologicums - , aber vor den Schreien können sie sich nicht schützen. „Blut, Blut, Blut an euren Händen!“, rufen Demonstranten mit orangefarbenen Warnwesten und Palästinaflaggen. So laut, dass auch hinter den Bücherregalen in der angrenzenden Bibliothek kaum an Arbeit zu denken ist. Anderthalb Jahre nach dem Angriff der palästinensischen Terrorgruppe Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 haben die Emotionen kein Stück nachgelassen. Angst, Verzweiflung und Wut gleichermaßen. Und noch immer fragt sich die Universität, wie viele dieser Emotionen in ihren Hörsälen Platz finden können.

578 Tage Krieg. Diese Zahl lässt auch Juden außerhalb Israels nicht los. „Viele von uns haben ja auch Familien dort“, sagt Jule-Valentina Schäfer. Die 23-Jährige studiert in Tübingen und trägt einen goldenen Davidstern um den Hals. Allerdings nicht, wenn sie über den Uni-Campus läuft. Denn sie fürchtet sich davor, unmittelbar als Jüdin erkannt und „als Botschafter des Staates Israel gesehen“ zu werden. Denn dann seien die persönlichen Anfeindungen nicht fern.

Auch palästinensische Studenten und solche, die ihre Solidarität mit Palästina betonen, denken jeden Tag an eine Zahl, die täglich steigt: Zehntausende Menschenleben kostet der Krieg gegen die Terrororganisation Hamas in Gaza. Verantwortlich für diese Situation ist laut Ann-Kathrin Rombach vom „Unikomitee für Palästina“ nicht nur Israel, sondern auch die „einseitige

Kirche und Politik

Kirche und Politik

Propaganda“ von Universitäten wie der in Tübingen. Den Themenabend zur Situation jüdischer Studierender in einem Hörsaal dieser Universität am Dienstagabend bezeichnet sie als „Teil einer Kampagne zur Einschüchterung, die darauf abzielt, Palästina-solidarischen Protest zu delegitimieren“.

Gut 100 Menschen sind gekommen, um sich gegen diese „Kampagne“ zu wehren. „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Heimat klaut“, lautet einer ihrer Sprechchöre. Interessant ist, dass auch diese Gruppe ein gesellschaftliches Antisemitismus-Problem sieht. Sie meint aber, dass die „Deutsch-Israelische Gesellschaft Stuttgart“ (DIG), Organisatorin des Abends, zu einseitig sei, um ernsthaft über Antisemitismus zu sprechen.

„Diese Veranstaltung hat nicht zu meiner Sicherheit beigetragen“, sagt ein Redner des Vereins Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, der Teil der Demonstration ist, in Bezug auf die DIG-Veranstaltung, die noch nicht einmal angefangen hat. Seiner Rede folgt ein weiterer Sprechchor: „Zionismus ist Faschismus!“

Eine Stunde später, bei der Podiumsdiskussion, versucht Uni-Vizekanzler Jürgen Rottenecker, den Emotionen der Studenten nüchtern zu begegnen: „Ich fühle mich eigentlich in einer guten Situation, dass ich bislang in Tübingen keinen Antisemitismus wahrgenommen habe.“ Die Universität sei ein akademisch-neutraler Ort und verfüge über gute Beschwerdestrukturen, die allerdings kaum genutzt würden. „Wir alle“, so Rottenecker, „überschätzen vielleicht, wie viele Personen sich tatsächlich zu Wort melden.“ Einige Beschwerden gingen zudem nur anonym ein und seien daher kaum nachzuverfolgen.

Als sich die Podiumsdiskussion der Frage widmet, wo genau Antisemitismus anfängt, will sich ausgerechnet der Mann, der das Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien in Aachen leitet - Professor Stephan Grigat - nicht auf eine klare Definition festlegen. Eine einzelne Antisemitismus-Definition hält er nicht für sinnvoll. Gesichert sei aber, dass viele „propalästinensische Proteste“ den Judenhass palästinensischer Vorbilder reproduzierten. Auch die „Volksfront zur Befreiung Palästinas“, die bei der Europäischen Union als Terrororganisation gelistet ist, sei bei vielen Demonstranten wegen ihrer Entstehung aus der politischen Linken beliebt. Sie bezeichnet Grigat als „mittlerweile eindeutig antisemitische Mörderbande“.

Viel Beifall erhält ein Redebeitrag, der die große Anzahl von Aufklebern in Universitätsgebäuden anprangert, auf denen „Israel dämonisiert wird“. Obwohl das Gelände groß ist, sorgen die Aufkleber dafür, dass die Wut einiger Studierender beinahe allgegenwärtig ist.

Während die Diskussion für alle Besucher geöffnet wird, skandieren die Demonstranten im Foyer weiter ihre Sprechchöre. Die Initiatoren der Kundgebung

hatten dazu aufgerufen, bis zum Ende der Veranstaltung zu bleiben - allerdings nicht im Hörsaal, sondern nur davor. Für die wohl einzige Annäherung an diesem Abend sorgt der Vizekanzler, der als einer der letzten das Gebäude verlässt, nachdem er sich ausführlich die Sorgen vieler jüdischer Studenten angehört hat, die bei der Podiumsdiskussion waren. Ganz persönlich und ohne Anonymität. (1043/07.05.2025)

Beratung für Menschen in Notlagen wird immer komplexer

epd-Gespräch: Achim Schmid

Ulm (epd). Die Beratung von Menschen in Notlagen wird nach Beobachtung der Diakonie Ulm immer umfassender und komplexer. Denn bei den Beratungsstellen der Diakonie müssten sich die 54 Fachkräfte häufig gleich mit mehreren zusammenhängenden Problemen auseinandersetzen, sagte Petra Frey, die Geschäftsführerin des Diakonieverbands Ulm/Alb Donau, im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Als Beispiele nannte sie Erziehungsfragen, Eheprobleme, Gewalt in Partnerschaft und Familie, finanzielle Engpässe oder gesundheitliche Schwierigkeiten.

In vielen Fällen ziehe in einer Kettenreaktion eine Notlage, wie etwa die wachsende Wohnungsnot, mehrere andere Problemstellungen nach sich, sagte die Diakoniechefin. Deshalb müssten bei einer Beratung zuerst die Schwierigkeiten priorisiert werden. So sei es etwa bei der Schuldnerberatung das vordringliche Ziel, Obdachlosigkeit zu vermeiden, weil sonst oftmals nicht mehr die Rückkehr in ein geordnetes Leben gelinge. Insgesamt wachse bei Überschuldungen der Beratungsbedarf, was zu einer aktuellen Warteliste von rund 100 Fällen führe.

Außerdem verzeichnet die Diakonie Ulm/Alb-Donau einen wachsenden Beratungsbedarf bei häuslicher Gewalt, sagte die Diakoniechefin. Dabei setze die Psychologische Beratung auf „Opferschutz durch Täterarbeit“, um eine grundlegende Verhaltensänderung der Verursacher zu erreichen. Denn nach häuslicher Gewalt hätten noch zu oft die unschuldigen Opfer, zumeist Frauen und Kinder, die Folgen zu tragen und müssten ihr Lebensumfeld verlassen. Da die Beratungsstellen überlastet seien, gebe es bei der „Täterarbeit“ eine Wartezeit von etwa sechs Wochen, sagte Frey. Die Beratung bei häuslicher Gewalt der Diakonie, die ursprünglich als Projekt bis 2025 angelegt war, kann vor allem durch Mittel der „Aktion Mensch“ zunächst bis 2027 weitergeführt werden. Um die Beratungsarbeit auf Dauer finanzieren zu können, seien neben kirchlichen Mitteln und kommunalen Zuwendungen Spenden, etwa durch Fördervereine, immer wichtiger. (1049/07.05.2025)

Kirche und
Politik

Soziales

Mit Dichtkunst für Demokratie eintreten

Lyrikband ist Schriftstellerin im Exil gewidmet

epd-Gespräch: Susanne Lohse (epd)

Baden-Baden/Stuttgart (epd). Nach den „Omas gegen Rechts“ und den „Lehrern gegen Rechts“ positionieren sich jetzt 70 zeitgenössische Autorinnen und Autoren für Demokratie. Der im Frühjahr 2025 im Alfred Kröner Verlag (Stuttgart) erschienene Lyrikband „Gespräche über Bäume. Gedichte zur Demokratie“ fordert über das politische Gedicht zum Gespräch auf. Lyrik sei eine sehr demokratische Kunst, sagte der Mitherausgeber der Anthologie, Thomas Weiß, dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Baden-Baden.

Anlass seien die bundesweiten Demonstrationen für Demokratie im Frühjahr 2024 gewesen, sagte der evangelische Theologe. Angesichts des immer lauter werdenden „Geschreis“ von Rechts hätten Demokratinnen und Demokraten lange Zeit geschwiegen. In größtenteils bislang unveröffentlichten Gedichten melden sich nun Lyrikerinnen und Lyriker gegen Hass, Gewalt und gesellschaftliche Spaltung zu Wort.

Die Stärke der Lyrik sei, in einer kompakten Form und auf vielfältige Weise Positionen auszudrücken. Lyrik sage nie alles, gerade deshalb brauche Lyrik das Gespräch. Ein Gedicht erzähle Geschichten in einer verdichteten Form, die zum Nachdenken anrege und den Leser zugleich emotional und intuitiv begleite.

Der in Baden-Baden lebende Herausgeber ist Autor, Lyriker und unter anderem Mitglied des Schriftstellerverbands PEN-Zentrum Deutschland. Der Wunsch, sich gesellschaftspolitisch verorten zu können, sei groß, sagte er. Das habe die Resonanz der Autorinnen und Autoren auf seine Initiative für den Lyrikband gezeigt. Demokratie sei längst nichts Selbstverständliches mehr, sie müsse verteidigt, wahrgenommen, gefühlt werden.

Gewidmet sei die Anthologie exilierten Autoren und denen, die in ihrem Land als Schriftstellerinnen und Schriftsteller verfolgt werden, betonte Weiß. Das Privileg, in einem Land zu leben und zu arbeiten, in dem eine solche Anthologie veröffentlicht werden kann, mahne zur Verantwortung. Auch hierzulande verletzen rechte Verlage, Artikel und Bücher von Rechtspopulisten die Menschenwürde. Dagegen sei das Buch „Gespräche über Bäume. Gedichte zur Demokratie“ ein Stück Widerstand und Ausdruck von Solidarität, sagte Weiß. (1038/07.05.2025)

Kultur

„Lyrik ist eine demokratische Kunst“

Dichten gegen Hass, Gewalt und gesellschaftliche Spaltung

epd-Gespräch: Susanne Lohse

Wenn Lyrik rund 200 Zuhörer in die baden-württembergische Landesvertretung nach Berlin lockt, dann hat sie etwas zu sagen. Der Lyrikband „Gespräche über Bäume. Gedichte zur Demokratie“ fordert über das politische Gedicht zum Gespräch auf.

Baden-Baden/Stuttgart (epd). Demokratie ist auch in Deutschland eine Gesellschaftsform, die es zu verteidigen gilt, dies wurde nicht zuletzt bei Wahlen in Bund und Ländern deutlich. Demokratinnen und Demokraten hätten angesichts lauter werdenden „Geschreis von Rechts“ lange Zeit geschwiegen, sagt der evangelische Theologe Thomas Weiß aus Baden-Baden. Mit der Anthologie „Gespräche über Bäume. Gedichte zur Demokratie“, der im Frühjahr 2025 beim Alfred Kröner Verlag (Stuttgart) erschienen ist, will der Mitherausgeber ein Zeichen setzen. 70 Autorinnen und Autoren haben für den Band Gedichte geschrieben, manche davon bislang unveröffentlicht. Mit ihren Texten setzen sie sich ein gegen Gewalt, Hass, Krieg, verdorbene Sprache, gesellschaftliche Spaltung. Im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) äußerte sich Weiß zum politischen Potenzial, das in Lyrik steckt.

epd: Herr Weiß, was war der Anlass für das Buch?

Weiß: Konkret waren das die Demonstrationen gegen Rechts, die im Frühjahr 2024 bundesweit stattgefunden haben. Ich war persönlich auch auf solchen Demonstrationen und habe gesehen, da gibt es die Omas gegen Rechts, es gibt die Lehrer und Lehrerinnen gegen Rechts, und da habe ich mich gefragt, wo sind die Lyriker und Lyrikerinnen gegen Rechts? Ich bin selbst Schriftsteller und Lyriker, da lag es nahe, meine eigene Profession zu befragen.

epd: Gedichte werden nicht gelesen, wie man die Bild-Zeitung liest. Was können Gedichte besser als eine pointierte Schlagzeile?

Weiß: Einmal ist Lyrik eine sehr vielfältige Form von Kunst. Es gibt viele Möglichkeiten, Positionen kompakt auszudrücken. Weiter brauche ich, um Lyrik zu verstehen, das Gespräch. Lyrik sagt nie alles. Wenn ich ein Gedicht schreibe, gebe ich es aus der Hand und fordere meine Leserinnen und Leser auf, ihre eigenen Gedanken dazu zu entwickeln, sodass immer ein Gespräch stattfindet. Also ist Lyrik eine sehr demokratische Kunst. Schließlich erzählt Lyrik in einer kurzen Form große Geschichten. Nora Gomringer etwa hat auf zwei Seiten die Verschickung von Juden und Jüdinnen nach Auschwitz aufgeschrieben, was da passiert sein mag an Erstaunen, an Entsetzen, an Bedrängnis. Da ist Lyrik eine Form, die unglaublich emotional und intuitiv auf Themen zugreift.

Kultur

Kultur

epd: Sie sind viel mit der Anthologie unterwegs, in Leipzig auf der Buchmesse, in Baden-Baden, in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Berlin, am 11. Mai im Kunstverein Wilhelmshöhe Ettlingen. Wie ist die Resonanz auf Ihr Buch?

Weiß: Die Autorinnen und Autoren machten schon beim Sammeln deutlich, dass sie froh waren, ein Forum zu bekommen, um sich gesellschaftspolitisch verorten zu können. Wir leben nun gerade in einer Zeit, in der es notwendig ist, Position zu beziehen. Demokratie ist längst nichts Selbstverständliches mehr. Sie muss verteidigt, wahrgenommen, gefühlt werden. Da hilft so eine Anthologie sicher, indem sie zum Assoziieren, Nachdenken und emotionalen Begleiten anregt.

epd: Sie wissen um das Privileg, dass Sie hierzulande politische Gedichte veröffentlichen dürfen. Auch das ist nicht selbstverständlich. Wie geht es Ihnen, wenn Sie einen Gedichtband zur Demokratie präsentieren dürfen, während in anderen Ländern Kolleginnen und Kollegen verfolgt werden?

Weiß: Als PEN-Mitglied bin ich mir dessen sehr bewusst. Wenn man diese Geschichten hört, wird man sehr demütig, in dem Wissen, wie leicht wir es hier haben, unsere Meinung auszudrücken. Das gibt uns auch eine Verantwortung, uns sehr deutlich einzusetzen dort, wo Menschenwürde gefährdet ist. Das ist tatsächlich auch in unserem Land der Fall. Es gibt die rechten Verlage, die Rechtspopulisten, die sich in Büchern und Artikeln äußern. Dagegen ist so ein Buch wie diese Anthologie auch ein Stück Widerstand. Die Anthologie ist denen gewidmet, die hier im Exil leben und denen, die in ihrem Land als Schriftstellerinnen und Schriftsteller verfolgt werden. Es ist ein Ausdruck von Solidarität. (1039/07.05.2025)

Münsterbauverein hilft seit 100 Jahren beim Erhalt des Ulmer Münsters

Ulm (epd). Das Ulmer Münster ist mit seinen gewaltigen Dimensionen eine Dauerbaustelle mit ständigem Sanierungsbedarf. Deshalb setzt sich der Münsterbauverein seit 100 Jahren als Bürgeraktion für die größte protestantische Kirche in Deutschland ein. Das Jubiläum begeht der Verein am Montag, 12. Mai, mit einem Festgottesdienst im Münster, bei dem der Ulmer Oberbürgermeister Martin Ansbacher, der Alt-OB Ivo Gönner (beide SPD) und Heidi Vormann, die Chefin der Münsterbauhütte, sprechen werden.

Entstanden ist der Münsterbauverein 1925 aus „ernster Sorge“, weil es durch den Ersten Weltkrieg und die anschließende Inflationszeit kaum öffentliche oder kirchliche Mittel für den Erhalt der Kirche gab. An der Initiative beteiligten sich nach Angaben des Münsterbauvereins namhafte Vertreter aus Wirtschaft,

Gesellschaft und Politik, in einem überkonfessionellen Sinn aber auch mehrere jüdische Ulmer Bürger.

Vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg war der Verein gefordert, so mussten etwa zu Kriegszwecken eingeschmolzene Glocken und zerstörte Glasfenster ersetzt werden. Vor dem Festgottesdienst wird ein neues Fenster eingeweiht, das die Notverglasung eines zerstörten Fensters ersetzt, gestaltet vom Glaskünstler Thomas Kuzio (Sommerdorf/Mecklenburg). Außerdem konnte mit Hilfe des Vereins eine neue Orgel im Münster installiert und die Hauptorgel saniert werden. Später standen die Restaurierung des südlichen Chorturms und vor allem des Hauptturms an - eine Mammutaufgabe auch für den Münsterbauverein.

Insgesamt hat der Verein, wie er vor dem Jubiläum mitteilte, seit dem Jahr 2000 nahezu elf Millionen Euro für Erneuerungs- und Sanierungsarbeiten im und am Münster zusammengebracht. Diese Mittel stammen aus Aktionen, wie dem Verkauf von ausgebauten und ersetzten Steinen oder Verzierungen, und Spenden. Auch die Kosten des neuen Fensters in Höhe von rund 400.000 Euro wurden dem Ulmer Dekan Torsten Krannich zufolge durch eine Spende aufgebracht. Dadurch werde auch die enge Verbindung der Ulmer Bürgerschaft zum Münster ausgedrückt, das seit seiner Grundsteinlegung 1377 immer eine „Bürgerkirche“ gewesen sei. (1046/07.05.2025)

Freiburg: Angebot für kostenlose Verhütungsmittel nur wenig genutzt

Freiburg (epd). Sozialleistungsempfänger erhalten Verhütungsmittel in Freiburg kostenlos, das Angebot wird aber seit Jahren nur wenig genutzt. Mehr als 5.000 Freiburgerinnen hätten einen Anspruch, dafür stelle die Stadt jährlich 50.000 Euro bereit, teilte die Stadt Freiburg am Dienstag mit. 2024 hätten das Angebot nur rund 110 Frauen genutzt, 2017 waren es noch fast 250.

Dadurch wurden von den 50.000 Euro im Jahr 2024 nur 26.904,99 EUR ausgeschöpft. Über diese Einsparung ist die Stadtverwaltung aber nicht froh. Denn es sei zu befürchten, dass die sozialen Folgekosten deutlich höher liegen, wenn das Angebot nicht genutzt werde. Es drohten mehr ungewollte Schwangerschaften und mehr Abbrüche.

Bei den Verhütungsmitteln, deren Kosten die Stadt Freiburg Berechtigten erstattet, liegt seit Jahren die Spirale mit rund 50 Prozent vorn. Hormonelle Verhütung mache rund ein Drittel aus, sonstige Verhütungsmittel wie Hormonspritzen oder Pflaster, Vaginalring oder Ähnliches lägen bei 10 bis 20 Prozent.

Kultur

Vermischtes

Jahr für Jahr werde außerdem eine einstellige Zahl von Sterilisationen bezahlt, auch bei Männern, sofern sie Sozialleistungen beziehen. (1032/07.05.2025)

Ein Storchenpaar auf dem Schlossdach

Ludwigsburg (epd). Ein Storchenpaar hat als Nistplatz das Dach des Residenzschlosses Ludwigsburg ausgewählt. Erstmals sei das Storchenpaar vor etwa vier Wochen gesichtet worden, teilten die Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg am Mittwoch in Stuttgart mit. In den darauffolgenden Tagen hätten die beiden das weitläufige Areal erkundet. „Den Störchen scheint unser Schloss wohl gut gefallen zu haben“, sagt Stephan Hurst, Leiter der Schlossverwaltung Ludwigsburg. Seit rund zwei Wochen ist das Nestbauprojekt in vollem Gange.

Die beiden Störche sind nicht die einzigen tierischen Bewohner des Schlosses. Vor einigen Jahren wurde über der Schlossuhr ein Falkenhäuschen installiert. 2019 konnte erstmals ein Falkenpaar beim Brüten beobachtet werden. Auch 2023 kehrten Falken zurück, allerdings fehlte der Bruterfolg. Im Februar 2025 hatte erneut ein Falke das Häuschen ausgekundschaftet, sich aber gegen den Nistplatz entschieden. Dafür ist nun eine Taube eingezogen. (1040/07.05.2025)

Impressum

epd

Landesdienst Südwest gGmbH
Augustenstr. 124, 70197 Stuttgart
Chefredakteur: Marcus Mockler,
Tel. 0711/469088-31,
mockler@epd-sw.de

Allgemeine Anfragen:

Josephine Merten,
Tel. 0711/469088-32,
assistenz@epd-sw.de

Redaktionen:

Stuttgart: Judith Kubitscheck
Tel. 0711/469088-34
kubitscheck@epd-sw.de
Peter Dietrich
Tel.: 0711/469088-36
dietrich@epd-sw.de
Matthias Pankau
Tel.: 0711/469088-38
pankau@epd-sw.de

Karlsruhe:

Leonie Mielke
Tel. 0721/1831399-10
mielke@epd-sw.de
Christine Süß-Demuth
Tel. 0721/1831399-11
suessdemuth@epd.de

Internet:

www.epd-sw.de

Facebook:

www.facebook.com/epdsuedwest

twitter:

twitter.com/epd_suedwest

Erscheinungsweise:

fünfmal wöchentlich (Mo – Fr)
Der Dienst darf nur mit Zustimmung der epd Südwest gGmbH weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverwertet werden. Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit besonderer Genehmigung.

Bestellungen:

epd Südwest,
Josephine Merten
assistenz@epd-sw.de
Tel.: 0711/469088-32

Herausgeber:

epd Südwest gGmbH
Augustenstr. 124, 70197 Stuttgart
Geschäftsführer: Marcus Mockler
Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Ralf Albrecht
Amtsgericht Stuttgart, HRB 792947